

**Der Senator für Inneres
Geschäftsstelle der Deputation für Inneres**

TOP 2 staatlich

**NIEDERSCHRIFT
der staatlichen Deputation für Inneres
am Donnerstag, den 2. März 2017
- 23. Sitzung der 19. LP -**

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	Beschluss: Die staatliche Deputation für Inneres stimmt der Tagesordnung zu.
TOP 2	Genehmigung von Protokollen	Beschluss: Folgendes Protokoll wurde genehmigt. 2.1 Niederschriften jeweils staatlich und städtisch vom 18.01.2016
TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Inneres und der Bremischen Bürgerschaft	Beschluss: Die Auflistung wird zur Kenntnis genommen.
TOP 4	Aktuelle Statistiken	Beschluss: Die staatliche Deputation für Inneres nimmt die aktuellen Statistiken zur Kenntnis.
TOP 5	Polizeireform 2600	Senator Mäurer erörtert unter Verweis auf das unter www.inneres.bremen.de veröffentlichte Konzept der Polizeireform, dass die Polizei sich auf die veränderten und teilweise erhöhten Anforderungen (steigende Einsatzzahlen, Terrorismusgefahr etc.) einstellen muss und deshalb rund zehn Jahre nach der letzten Polizeireform mit einer grundsätzlichen Überprüfung der strategischen Schwerpunktsetzungen sowie der polizeilichen Strukturen und Standards reagiert habe. Für die Erarbeitung der Reform ist die im vergangenen Jahr beschlossene erhöhte Personalzielzahl von 2.600, durch die insgesamt 130 weitere Stellen bei der Polizei Bremen geschaffen werden, die zentrale Grundlage. Ziel der Reform ist es, dass die Polizeiarbeit weiterhin bürgernah und anforderungsgerecht gewährleistet wird und dabei klaren - auch für Außenstehende verständlichen Mustern - folgt. Der Service für Bürger soll dabei noch ausgebaut werden. Im Rahmen der Reform wird die Organisation der Polizei auf die Zukunft ausgerichtet. Dabei geht es aber nicht darum, Geld oder Personal zu sparen, sondern im Gegenteil mehr Polizisten beispielsweise im Einsatzdienst einzusetzen. Die kleinräumige und bürgernahe Polizeiarbeit wird auch zukünftig von Kontaktpolizisten (KOPs) wahrgenommen. Die Personalsituation wird sich durch die in 2018/2019 dann abgeschlossene Ausbildung der „neuen“ Polizeibeamten verbessern, die Zahl der KOPs wird auf mindestens 100 Beamte wieder stetig erhöht. Nachfragen und Anmerkungen wird durch den Polizeipräsidenten und LPD Zottmann erörtert. Es ergeht der Hinweis, dass die genaue Ausgestaltung und offene Fragestellungen sowie Erläuterungen der Polizeireform zunächst in Regionalkonferenzen erörtert bzw. vorgenommen und das Konzept im Anschluss in den Beiräten beraten wird. Die Berichtsstellung und Aussprache erfolgt abschließend in der Innendeputation. Beschluss: Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den mdl. Bericht zur Kenntnis und begrüßt den vorgesehenen Ablauf der Beratungen.
TOP 6	Sachstand Umsetzung Verkehrssicherheitskonzept	Beschluss: Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht (19/112) der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft zur Kenntnis.
TOP 7	Evaluation des Einsatzes der Spuckschutzhaube	Bericht: Die schriftliche Vorlage wird erörtert, Nachfragen durch den PP beantwortet. Die Deputierten begrüßen fraktionsübergreifend den verhältnismäßigen Einsatz des Einsatzmittels. Beschluss: Die staatliche Deputation für Inneres nimmt den Bericht zur Kenntnis und erbitet eine Fortschreibung des Berichts zum März 2018.
TOP 8	Bericht an den Haushalts- und Finanzausschuss über den Stand der Umsetzung der zur Verringerung künftiger struktureller Ausgaberrisiken eingeleiteten Maßnahmen auf Basis der strukturellen Haushaltsprobleme 2014/2015	Beschluss: Die Deputation für Inneres nimmt den Bericht an den Haushalts- und Finanzausschuss über den Stand der Umsetzung der zur Verringerung künftiger struktureller Ausgaberrisiken eingeleiteten Maßnahmen zur Kenntnis.

Der Senator für Inneres
Geschäftsstelle der Deputation für Inneres

TOP 9	Änderung der Gemeinsamen Verfahrensordnung für die staatliche und die städtische Deputation für Inneres	<p>Beschluss: Die staatliche Deputation beschließt gemäß der schriftlichen Vorlage bei Enthaltung der Deputierten Timke und Wesemann.</p>
TOP 10.1	Verschiedenes	<p>Berichtsbitte wegen gemeinschaftlichen versuchten Torschlags. Der Leiter des LKA, Herr Dr. Heinke, führt aus, dass die Polizei Bremen bei der Staatsanwaltschaft nicht angeregt hat, einen Haftantrag zu stellen jedoch gegenüber der Staatsanwaltschaft Bremen ihre Rechtsauffassung dargelegt hat, dass es sich bei der Tat um ein versuchtes Tötungsdelikt handle und sie deshalb um eine diesbezügliche rechtliche Überprüfung gebeten habe. Die Frage der etwaig möglichen Anordnung von Untersuchungshaft war zwingend mit der vorherigen rechtlichen Bewertung der Tat verknüpft. Die Entscheidung, ob die Anordnung von Untersuchungshaft beantragt werden soll, trifft ausschließlich die Staatsanwaltschaft (STA). Die Anordnung von Untersuchungshaft ist in Fällen, in denen der dringende Tatverdacht eines versuchten Tötungsdeliktes angenommen wird zwar nicht üblich aber doch häufig. Entscheidend hierfür ist jedoch, dass STA und Gericht zunächst vom dringenden Tatverdacht gegen den oder die Beschuldigten überzeugt ist und die Tat als versuchtes Tötungsdelikt bewertet. Die Entscheidung, ob die Anordnung von Untersuchungshaft beantragt werden soll, trifft ausschließlich die Staatsanwaltschaft. Der Staatsanwaltschaft Bremen war das Nichterscheinen der Beschuldigten zur Vernehmung aus der Ermittlungsakte bekannt. Darüber hinaus nimmt Herr Dr. Heinke eine allgemeine Einschätzung der polizeilichen Bearbeitung des Ermittlungsverfahrens vor und erörtert, die kriminalpolizeilichen Sachbearbeitungsstandards in deliktischen Grenzfällen analysieren zu wollen und -je nach entsprechendem Befund- zu optimieren.</p>
TOP 10.2		<p><u>Aufruf der Doppelvorlage für die staatliche und städtische Deputation für Inneres V Vorlage 19/116 zu TOP 4 der Tagesordnung der städtischen Deputation für Inneres "Verlagerung von Aufgaben aus dem Stadtamt auf den Senator für WAUH sowie Gründung eines Ordnungsamtes".</u></p> <p>Beschluss: Die staatliche Deputation beschließt gemäß der Beschlussvorschlags der schriftlichen Vorlage mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition und bei Enthaltung der Deputierten Timke und Wesemann.</p>